

Deutsche Ratspräsidentschaft

Neun digitale Wegmarken für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft



Nach 13 Jahren übernimmt Deutschland erneut die EU-Ratspräsidentschaft. Die Digitalisierung spielt im Programm der deutschen Präsidentschaft eine wichtige Rolle – und das begrüßen wir ausdrücklich. Aus Sicht der deutschen Digitalwirtschaft müssen in den kommenden sechs Monaten neun konkrete Wegmarken erreicht werden:

- 1. Europaweit interoperable Warn-Apps:** Grenzschießungen und Lockdown waren eine erhebliche Belastung für Europa. Digitale Lösungen können jetzt helfen, ein Wiederaufflammen des Virus zu verhindern. Die Ratspräsidentschaft sollte erreichen, dass Corona Warn Apps europaweit zum Einsatz kommen und interoperabel sind.
- 2. MFR-Verhandlungen abschließen, Digital Europe aufstocken:** Die Bereitschaft zu investieren, war unter den Mitgliedstaaten nie größer. Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) müssen unter der deutschen Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden. Das Digital Europe-Finanzierungsprogramm darf nicht gekürzt, sondern sollte aufgestockt werden.
- 3. Einheitliches Verständnis digitaler Souveränität schaffen:** Aufgrund von Corona werden grundsätzlich Fragen widerstandsfähiger Lieferketten und staatlicher Souveränität gestellt: Deutschland sollte sich für eine offene, strategische Souveränität einsetzen, d. h. technologische Kapazitäten entwickeln, ohne internationale Partner auszuschließen. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft sollten eine einheitliche Definition digitaler und technologischer Souveränität und ein Monitoring-Konzept entwickelt werden.
- 4. Schlüsseltechnologien fördern:** Schlüsseltechnologien wie z. B. Quantentechnologie, Blockchain, Mikroprozessoren und High Performance Computing müssen identifiziert und gezielt gestärkt werden. Die Ratspräsidentschaft sollte unter den Mitgliedstaaten einen Dialogprozess zur Europäisierung bestehender nationaler Initiativen im Sinne offener digitaler Souveränität in Gang setzen. Etablierte Modelle wie das europäische Joint Undertaking zu High Performance Computing können hier als Vorbild dienen.
- 5. Anforderungen an Plattformregulierung formulieren:** In den letzten Jahren haben einzelne Mitgliedstaaten mit nationalen Alleingängen das gemeinsame Regelwerk der E-Commerce-Richtlinie untergraben. Mit der anstehenden Reform durch den Digital Services Act (DSA) ergibt sich jetzt eine Chance, diesen Divergenzen entgegenzuwirken. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte auf Arbeitsebene darauf hinarbeiten, dass der Kommissionsvorschlag für den DSA ein einheitliches, innovationsfreundliches Rahmenwerk für Plattformen vorsieht. Horizontale Regeln wie das Herkunftslandprinzip oder die begrenzte Plattformhaftung müssen dabei für alle gelten. Spezifischere Gesetzgebung ist nach objektiven sektoralen oder technischen Gesichtspunkten zu erwägen. Um das zu erreichen, sollte der Rat erste Anforderungen an den DSA formulieren.

6. **Freiwilligen Datenaustausch und Vertragsfreiheit verankern:** Wir begrüßen, dass die Bedeutung der Datenwirtschaft erkannt wurde und in der Prioritätenliste nach oben gerutscht ist. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft sollte sich der Rat für einen einheitlichen Rechtsrahmen, freiwilligen Datenaustausch und Vertragsfreiheit einsetzen – etwa, wenn es zu Verhandlungen über den geplanten Data Governance Act kommen sollte. Zur weiteren Verhandlungen im Rahmen der ePrivacy Regulierung: Die Grundlagen zur Datenverarbeitung müssen an die DS-GVO angelehnt werden, technologieoffen sein und insbesondere auch die Vorhaben der KI-Strategie stützen.
7. **KI-Weißbuch diskutieren, sektorale Lösungen forcieren:** Um KI als Schlüsseltechnologie nach eigenen Regeln und Werten zu gestalten, müssen Doppelstrukturen vermieden werden. Nur ein einheitlicher, klarer Rechtsrahmen schafft Sicherheit für neue Technologien. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte das KI-Weißbuch der Kommission diskutieren und mögliche Regelungslücken identifizieren. Eine Weiterentwicklung sektoraler Regulierungen ist einer horizontalen KI-Regulierung vorzuziehen.
8. **Ratsposition zum Green Deal erreichen:** Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ist das richtige Signal. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte daher schnell Ratschlussfolgerungen zu Umwelt und Digitalisierung erreichen. Zudem müssen die Potenziale digitaler Technologien für Emissions-einsparungen in allen Sektoren soweit wie möglich genutzt werden. Bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmens und dem Wiederaufbauplans sollte der Rat daher vor allem auf finanzielle Anreize gerade für KMU achten, die den Übergang zu effizienteren, nachhaltigeren – und damit oft: digitalen – Technologien beschleunigen.
9. **Digitale Identitäten als Schlüssel für Transformation fördern:** In Zukunft wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften wesentlich davon bestimmt werden, wie erfolgreich digitale Produkte und Technologien entwickelt, kommerzialisiert und integriert werden. Das digitale Identitätsmanagement ist die Grundlage für einen einfachen und sicheren Zugang zu Daten und damit der Schlüssel für die Entwicklung der digitalen Wirtschaft. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft sollten sich die Mitgliedstaaten für ein Update der eIDAS-Verordnung einsetzen.

22.06.2020

Ihre Ansprechpartner



Fabian Zacharias
Leiter Public Affairs
T 030 27576-105
f.zacharias@bitkom.org



Benjamin Ledwon
Büroleiter Brüssel
T +32 2 60953-21
b.ledwon@bitkom.org



Torben David
Bereichsleiter EU Public Policy
T +32 2 60953-16
t.david@bitkom.org